

Xanten

Initiative will öffentlichen Druck erhöhen

25. Mai 2016 um 00:00 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten



Das Salzbergwerk ist ein Wirtschaftsfaktor, hinterlässt aber auch Schäden, die reguliert werden müssen. Foto: Armin Fischer (Archiv)

Xanten. In Menzelen forderten die vom Salzbergbau betroffenen Bürger die Einrichtung einer Schiedsstelle.

Am 14. Januar hat sich die Bürgerinitiative der Salzbergbaugeschädigten NRW gegründet. In den gut vier Monaten danach sind ihr bereits 800 Menschen zwischen Xanten und Rheinberg beigetreten. Menschen, denen buchstäblich der Boden unter den Füßen wegbricht. Gut sechs Meter sind Straßen, Felder und Häuser seit 1987 gesunken, jährlich kommen vier bis sechs Zentimeter hinzu. "Die 20 Meter hohen Decken der Salzkammern nähern sich langsam dem Boden, das kann bis zu 300 Jahre dauern. Wir haben es also mit einem Mehrgenerationenproblem zu tun", erläuterte Hermann Norff, Beirat der Initiative, bei einer Infoveranstaltung in der Menzeler Gaststätte "Zur deutschen Eiche".



Mittlerweile beklagen zahlreiche Hausbesitzer Schäden an ihren Immobilien, eine Regulierung durch den Verursacher scheint aber aussichtslos. "Privatleute können zumeist die immensen Prozess- und Gutachterkosten nicht stemmen, zumal der Ausgang ungewiss ist. In der Gemeinschaft haben wir allerdings viel größere Chancen", erklärt Markus Skeidel. Der stellvertretende Vorsitzende der Bürgerinitiative kennt die Vorgehensweise der Cavity GmbH, die die Schäden für den früheren Bergwerksbetreiber Solvay reguliert: "Den Eigentümern wird erzählt, dass ihr Haus schlampig gebaut wurde, zu nahe am Rheinbett stehe oder dass ihre Gartenpumpe den Sand unter dem Haus wegsaugt und damit für eine Schiefelage sorgt." Letztendlich geht es ums Geld und die Frage, wer es aufbringen muss, stellte einer der rund 50 Anwesenden treffend fest. Für Norff ist die Antwort klar, er sieht den Gründer des Bergwerks in der Pflicht: "Ich habe Solvay als ein sehr soziales Unternehmen kennengelernt. Deshalb appelliere ich an das Unternehmen, sich seiner Verantwortung zu besinnen."

Damit es nicht bei frommen Wünschen und Bitten bleibt, wünschen sich die Mitglieder der Bürgerinitiative eine Schiedsstelle, die es für die Parteien im Kohlebergbau längst gibt. "Mit einer solchen Schiedsstelle müssen alle Beteiligten einverstanden sein. Die Bergbaubetreiber sind es bislang nicht", so Markus Skeidel. Nun will man den öffentlichen Druck erhöhen.

Ein Vorteil kann dabei laut Michael Brinkhoff die Landtagswahl 2017 sein. "Wir waren bereits im Landtag und haben mit allen Fraktionen gesprochen. Am Ende macht es aber die Menge. Wenn wir genügend Mitglieder haben, werden sich die Politiker für uns interessieren und dann wird sich auch die Cavity bewegen", ist er Weseler überzeugt. Wilhelm Fischer, Vorsitzender der Initiative, zeigte sich optimistisch: "Ich hoffe, dass wir irgendwann mit 10.000 Menschen vor der Esco stehen und denen klar machen, dass uns die Kohlen auf den Füßen brennen."

Bis dahin möchte die Bürgerinitiative ein Schadenskataster anfertigen und bittet Betroffene, Schäden zu melden. Ein Schadensformular kann auf der Homepage der Initiative (www.salzbergbaugeschaedigte.de) ausgefüllt werden. Kosten entstehen dadurch nicht.

(erko)

